

Zwei Anschläge pro Woche

Linksextreme haben seit letztem Frühling mehr als sechzig Straftaten begangen. Zur Sabotage schleusen sie sich gar in Firmen ein

Lukas Häuptli

Vertreter aus verschiedenen europäischen und afrikanischen Staaten treffen sich heute Sonntag und morgen Montag in Bern zu einer internationalen Migrationskonferenz. Das Thema: Der «bessere Schutz» der Migranten, die aus Afrika übers Mittelmeer nach Europa gelangen wollen.

Kritiker sehen in der Konferenz allerdings einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Abschottung Europas vor afrikanischen Flüchtlingen. Zu den Kritikern gehören auch linksextreme Gruppierungen, und diese haben angekündigt, die «Menschenjäger» der Konferenz zu bekämpfen und zu stören. So steht es auf einer einschlägigen Internetseite. Und weiter: «Egal, zu welchem Zeitpunkt, an welchem Ort und auf welche Art, lasst uns alle unsere Wut... auf die Strasse tragen!»

Gegen das «Knastsystem»

Vermutlich waren zwei Firmenautos und eine Maschine des Bauunternehmens «Implenia» erste Ziele der Wut. Diese gingen jedenfalls in der Nacht auf letzten Dienstag im Berner Lorraine-Quartier in Flammen auf. Im Internet hiess es dazu: Das Feuer sei Teil des Kampfes gegen das neue Gefängnis Bässlergut in Basel sowie gegen das «Knastsystem» und «die Ausschaffungsmaschinerie» der Schweiz. Implenia ist eine der Firmen, die das Basler Gefängnis bauen.

Die Brandanschläge in Bern sind die bis jetzt letzten in einer Reihe von Straftaten, welche die Ermittler linksextremen Gruppierungen zurechnen. Die Taten nahmen ihren Anfang im letzten März und wurden vor allem in Basel, Zürich und Bern begangen; meist handelte es sich um Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. Allein die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt verzeichnete seither rund 50 Delikte, wie Sprecher Peter Gill sagt. Die Stadtpolizei Zürich vermeldete seit Mai ein halbes Dutzend Brandanschläge. Und in Bern und Thun wurden diese Woche die Sekretariate der SP mit Kampfparolen verschmiert.



Kampf gegen die «Ausschaffungsmaschinerie» der Schweiz: Abgebrannte Baumaschinen in Zürich Leimbach. (17. August 2017)

SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist Gastgeberin der Migrationskonferenz die jetzt in Bern stattfindet. Alles in allem ergibt das mehr als sechzig Straftaten in acht Monaten - oder durchschnittlich zwei pro Woche.

Bis jetzt nicht bekannt war, dass Linksextreme in der Schweiz auch ganz anders gegen ihre ideologischen Gegner vorgehen: Sie schleusen sich in Unternehmen ein, spionieren diese aus und begehen Sabotage. Das erzählt eine sehr gut informierte Person; allerdings macht sie keine genaueren Angaben zum Phänomen. Fest steht aber: Linksradikele Aktivisten lassen sich von Firmen beispielsweise als IT-Praktikanten oder IT-Temporärmitarbeiter anstellen. So erhalten sie Zugang zu deren Infrastruktur - und können diese ausforschen und lahmlegen. Die betroffenen Unternehmen bemerken Spionage und Sabotage häufig nicht; auch aus diesem Grund gibt es in diesem Bereich kaum Strafanzeigen.

Überwachung verraten

Zu einer Anzeige gekommen war es dagegen in einem anderen Fall: Ein Mitarbeiter des Überwachungsdienstes ÜPF des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements hatte im letzten Januar einen Mann aus dem Umfeld der Berner Reithalle vor der Polizei gewarnt. Der Mitarbeiter sagte ihm, er werde wegen des Verdachts auf Drogendelikte überwacht.

In der Folge platzte eine geplante Polizeirazzia. Der ÜPF-Mitarbeiter ist in der Zwischenzeit wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt worden. Er arbeitet heute nicht mehr beim Überwachungsdienst. «In der Geschichte des Extremismus gibt es das Grundscheema, dass man versucht, eigene Leute oder Informanten in die Einrichtungen des ideologischen Gegners einzuschleusen», sagt dazu Dirk Baier. Dabei helfe den Linksextremen, das sie miteinander sehr gut vernetzt seien. Baier ist Leiter des Instituts Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und forscht zurzeit zum Thema Extremismus. So ist er verantwortlich für eine Studie, in deren Rahmen 5000 Jugendliche im Alter von 17 Jahren befragt wurden. Baier sagt: «Nach einer ersten Auswertung lässt sich sagen, dass rund acht Prozent der Befragten eine Affinität zum Linksextremismus haben, rund vier Prozent eine zum Rechtsextremismus und weniger als ein Prozent eine zum islamischen Extremismus.» Wegen der über 60 Straftaten mit vermutlich linksextremen Tätern hat sich auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) eingeschaltet. «Der NDB steht mit den Behörden in Kontakt», sagt Sprecherin Isabelle Graber dazu.